

Jahresbericht Handlungsfelder 2019

Senatorin für Justiz und Verfassung

Kurzeinschätzung zur Zielerreichung:

Bezeichnung der Maßnahme: Gewährleistung der Sicherheit in den Dienstgebäuden		Lfd. Nr. S14 der Liste		
Zielgruppe: Rechtssuchendes Publikum und Mitarbeiter/innen der Gerichte				
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Gewährleistung der Sicherheit in den Dienstgebäuden und Verhinderung des Einbringens von gefährlichen/verbotenen Gegenständen und Waffen durch Kontrolle aller Besucher				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2019	IST 2019
Anteil kontrollierte Zugänge		Prozent	100	85
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Durchführung dauerhafter, lückenloser Einlasskontrollen in den Gerichten; kontrollierte Zugänge zu den Dienstgebäuden mit abgestuftem Personaleinsatz zwischen 7.30 und 16.00 Uhr				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2019	IST 2019
Anteil Zugänge mit dauerhafter Kontrolle zwischen 7.30 Uhr und 16.00 Uhr		Prozent	100	85
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Verstärkung des Justizwachtmeisterdienstes, Ausbau der Eingangsschleusenanlagen Entgegen früheren Planungen werden keine Arbeitnehmer/innen eingesetzt. Notwendige personelle Verstärkungen werden daher vollumfänglich (= 7 VZÄ) aus Mitteln des Handlungsfeldes finanziert werden können. Die benötigten Personalausgaben reduzieren sich bei einem Mittelwert von 46 Tsd. € auf 322 Tsd. € p.a.				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2019	IST 2019
erhöhte Anzahl der eingesetzten Justizwachtmeister um 7,0 VZÄ		Stellen (VZÄ)	7,0	9,0

Sachstand zum Projektfortschritt:

Zur Verstärkung des Justizwachtmeisterdienstes ist der Personaleinsatz im Berichtsjahr 2019 im Rahmen der im Projekt verfügbaren Mittel um weitere 2,0 VZÄ auf insgesamt 9,0 VZÄ der Besoldungsgruppe A4 angehoben worden.

Die Durchführung dauerhafter, lückenloser Einlasskontrollen im Landgericht, Amtsgericht Bremen, Amtsgericht Bremerhaven sowie im Justizzentrum Am Wall ist gewährleistet. Die Umbaumaßnahmen im Justizzentrum Am Wall konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal verzögert sich der Projektfortschritt. Der noch ausstehende Umbau des dortigen Eingangsbereichs ist Teil einer Gesamtmaßnahme zur Ertüchtigung des Brandschutzes des Gebäudes. Die Baugenehmigung liegt vor. Die Umsetzung ist für das 3. Quartal 2020 avisiert. Einlasskontrollen im Amtsgericht Bremen-Blumenthal konnten daher bisher nur anlassbezogen dargestellt werden.

Das Projekt soll in den Jahren 2020 und 2021 fortgeführt werden.

Aufgrund unverminderter Gefahrenlage ist die Kontrolle aller Besucher zur Gewährleistung der Sicherheit in den Dienstgebäuden und der Verhinderung des Einbringens von gefährlichen/ verbotenen Gegenständen und Waffen weiterhin notwendig. Durch die große Anzahl von Hauptverhandlungstagen mit besonderen Einsatzlagen und umfangreichen Einlasskontrollen vor allem am Landgericht können die Justizwachtmeister die ihnen originär zugewiesenen weiteren Aufgaben und die zwingend erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. Das Projekt soll daher im Rahmen der vom Senat am 18.02.2020 beschlossenen Mittel ausgeweitet werden, um Einlasskontrollen, Sitzungsdienst und das erforderliche Saalmanagement gleichermaßen sicherzustellen und nach Möglichkeit auch eine mindestens unregelmäßige Bestreifung der Gebäude zur Erhöhung der Sicherheit und Trennung der Parteien darstellen zu können.